
250 x sicherer Hafen
250 x Solidarität

kommunale Geflüchtetenpolitik



**Kein
mensch
ist
illegal**

The image shows a person from behind, wearing a camouflage cap and a patterned skirt, holding a large orange banner. The banner has the text 'Kein mensch ist illegal' written in bold black letters. The person is walking in a crowd of other protesters on a city street. In the background, there are trees, buildings, and other people, some holding flags. The scene is brightly lit, suggesting it is daytime.

Deine Stadt, deine Gemeinde, dein Landkreis kann Geflüchtetenpolitik!

Moin! Wir sind Karo und Julian und wir kandidieren beide zur Bundestagswahl 2021. Karo ist seit 2016 für die GRÜNEN im Northeimer Kreistag, parallel hat sie kommunale Verwaltung studiert und arbeitet jetzt beim Landkreis Göttingen. Julian engagiert sich in der zivilen Seenotrettung und war selbst als Seenotretter auf dem Mittelmeer. Gemeinsam haben wir uns auf den Weg gemacht diesen Reader zu schreiben, um GRÜNEN Kommunalpolitiker:innen konkrete Anhaltspunkte an die Hand zu geben, dazu, was kommunal möglich ist, in Sachen Geflüchtetenpolitik und was das überhaupt bringt.



Die harte Währung Solidarität

Schon 247 Kommunen in Deutschland haben sich zum sicheren Hafen erklärt. Damit zeigen sie ihre Solidarität gegenüber Menschen auf der Flucht und sie senden das Signal #WirHabenPlatz nach Berlin. "Das Boot ist voll" ist eine hohle Phrase der Rechtspopulisten und entspricht schlicht nicht der Wahrheit und nicht der Auffassung so vieler Menschen in ganz Deutschland. Wenn deine Kommune noch kein "Sicherer Hafen" geworden ist, dann ist das ein erster und einfacher Schritt als Kommune aktiv in der Geflüchtetenpolitik zu werden.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise, die der Initiative "Sicherer Hafen" beitreten, setzen sich gegenüber der EU, dem Bund und den Ländern für sichere Fluchtwege, staatliche und sichere Seenotrettungsmissionen und die menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein. Die Kommunen eint die Überzeugung, dass Asyl ein Menschenrecht ist und die Zustände und das Sterben an den europäischen Außengrenzen nicht hinnehmbar sind. Den Musterantrag, damit deine Kommune der Initiative beitreten kann, findest du [hier](#).

GRÜNE Kommunalpolitik ist klar in ihrem Bekenntnis zum Recht auf Asyl.

Wir wollen die Solidarität aus den Städten heraus Wirklichkeit werden lassen. Denn Menschenrechte werden überall verteidigt: Ob auf See oder an Land -

Aktive Unterstützung der Seenotrettung!

Kommunen können sich nicht nur mit einer öffentlichen Erklärung im Rat gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung einsetzen. Den Themen Flucht, Vertreibung und Aufnahme müssen wir Platz in unseren Städten und Gemeinden einräumen. Im Rahmen einer Partnerschaft für eine Rettungsmission und der Erklärung der Aufnahmebereitschaft können Kommunen gemeinsam mit ihren Kultur- und Jugendeinrichtungen, den Begegnungsstätten und überall wo es sich im öffentlichen Raum anbietet auf diese Themen aufmerksam machen.

Ob durch Inszenierungen, Ausstellungen, Fotovorträge oder andere Kunstwerke im öffentlichen Raum, die Stadtgemeinschaft kann dies zum Anlass nehmen, um über die Möglichkeiten der Solidarität, der Unterstützung und der europäischen Werte zu diskutieren.

Aufnahmebereitschaft zusätzlich zur Quote

Viele Kommunen haben in ihrer Resolution zum "sicheren Hafen" eine Erklärung gegenüber den Innenministerien der Länder und des Bundes aufgenommen. In dieser erklären sie sich bereit zusätzlich schnell und unkomplizierte Geflüchtete auf zu nehmen, insbesondere Menschen, die aus Seenot gerettet wurden oder in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzenden. Auch wird durch die Kommunen gefordert generell die Programme zur Aufnahme von Geflüchteten deutlich auszuweiten und neue humanitäre Aufnahmeprogramme zu schaffen. Die Kommunen sind bereit dauerhaft und verlässlich wesentlich höhere Aufnahmequoten mitzutragen und fordern diese ein.

Einsatz für langfristige Bleibeperspektiven

Kommunen können aus ihren Solidaritätserklärungen mehr als nur ein Lippenbekenntnis machen, indem sie sich für langfristige Bleibeperspektiven und gegen Abschiebungen einsetzen.

I. Rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen – eine Ermöglichungs- statt Verhinderungspolitik

Große Städte und Landkreise haben eine Ausländerbehörde. Hier werden viele Ermessensentscheidungen getroffen und eine Verwaltungsleitung kann darauf hinwirken, dass alle Möglichkeiten für dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven auch wirklich ausgeschöpft werden und die Mitarbeiter:innen sich in ihrer Arbeit als Unterstützer:innen für die Geflüchteten erleben. Die Stadt Göttingen beispielsweise hat einen Kooperationsvertrag mit dem niedersächsischen Flüchtlingsrat, der vorsieht, dass gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht wird möglichst vielen Menschen eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland zu erteilen. Die Grüne Ratsfraktion führt dazu aus: "Die Erteilung der dauerhaften Aufenthaltserlaubnis findet zurzeit nur statt, wenn wirklich nicht ein Haar in der Suppe gefunden werden kann, selbst wenn man ausführlich danach sucht. Es ist eine Verhinderungspolitik. Die Kooperationsvereinbarung dreht das um: Wenn jetzt ein Haar in der Suppe gefunden wird, werden Wege gesucht, dieses Haar zu entfernen. Es ist eine Ermöglichungspolitik." Den Antrag, den die Ratsfraktion dazu vor einem Jahr eingebracht hat, findest du [hier](#).

II. Beruf als Notanker gegen die Abschiebung

Im Moment ist es für die Geflüchteten besonders wichtig eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen, weil dies einer der wenigen Wege ist im Zweifel eine Abschiebung abzuwenden. Das ist bitter, denn so wird der Job für Geflüchtete nicht zur Perspektive vor Ort, sondern zum Notanker.

Um ins Berufsleben starten zu können sind Sprachvermittlung und berufliche Qualifizierung zentral. Auch Hilfe beim Einstieg in den Arbeitsmarkt, durch Bewerbungstrainings und aktive Unterstützung bei der Stellensuche und der Kontaktaufnahme mit potenziellen Arbeitgeber:innen ist wichtig. Kommune braucht hier wesentlich mehr Stelle in der Geflüchtetensozialarbeit und muss die Dolmetscher:innenrekrutierung und -ausbildung vorantreiben. Sprachkursangebote müssen niedrigschwellig sein und die Geflüchteten müssen hierbei durch Sozialarbeiter:innen begleitet werden. Vielerorts werden Aufgaben, die eigentlich von Sozialarbeiter:innen wahrgenommen werden sollten durch ehrenamtliche Strukturen bewältigt. Diese ehrenamtlichen Strukturen sind wertvoll und sollten die entsprechende materielle, wie personelle Unterstützung erfahren. Kommunalverwaltungen brauchen Stellenkapazitäten, die die Ehrenamtlichen unterstützen und ihre Arbeit koordinieren. Auch muss den ehrenamtlichen Kräften für ihren Einsatz mehr Wertschätzung entgegengebracht werden.

III. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Kommunen stellen vor Ort sicher, dass Geflüchtete am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, durch besondere Angebote, zum Beispiel Kulturgutscheine oder vergünstigte ÖPNV Angebote (wo es keinen ÖPNV gibt, auch der schnelle Weg zum Führerschein). Unterstützung bekommen Geflüchtete, wenn sie Mitglieder in Sportvereinen werden oder sich auf ähnliche Weise im gesellschaftlichen Leben einbringen wollen. Hierfür ist es wichtig, dass es zu einer Verwaltungsvereinfachung bei Bildungs- und Teilhabeanträgen kommt, denn deren Stellung ist zurzeit sehr aufwendig und für Menschen mit Sprachschwierigkeiten nicht möglich. Schulen beispielsweise haben keine Kapazitäten, um Anträge für Schulbedarf, Nachhilfe oder Mittagessen für Geflüchtete oder andere Menschen mit geringen finanziellen Mitteln zu stellen. Auch hier können mehr Stellen in der Geflüchtetensozialarbeit unterstützen. Viele Kommunen haben außerdem Sonderfonds eingerichtet, über die Menschen mit geringen finanziellen Mitteln schnelle und unkomplizierte Hilfe durch die Kommune kriegen können, um beispielsweise den dringend benötigten Führerschein zu machen.

IV. Politische Teilhabe ermöglichen

Auch wenn Menschen jahrzehntelang in Deutschland leben, ein aktives und passives Wahlrecht erhalten sie auch auf kommunaler Ebene erst mit der deutschen Staatsbürgerschaft. Als GRÜNE kämpfen wir für eine Reform des Wahlrechts, damit sich das ändert. Bis dahin gibt es weitere Möglichkeiten politische Teilhabe vor Ort zu ermöglichen. Viele Städte, wie beispielsweise Northeim, Emden und Garbsen haben einen "Integrationsbeirat" eingerichtet, der unterschiedliche Kompetenzen hat. Hier können sich aber grundsätzlich Menschen ohne deutsche oder europäische Staatsbürgerschaft mit ihren politischen Belangen kommunalpolitische einbringen.

V. Sicheres Ankommen gewährleistet

Sichere Häfen sollen ein sicherer Ort sein, dafür braucht es vor Ort Unterstützung. Mit einer dezentralen Unterbringung soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem Geflüchtete ein neues zu Hause finden können. Nach teilweise Jahren auf der Flucht muss die Wohnung ein Ort sein, an dem, anders als Sammelunterkünften, die Privatsphäre gewährt wird. Kommunen sind für die Unterbringung vor Ort zuständig.

Gerade während der Pandemie ist deutlich geworden, wie wichtig Gesundheitsversorgung ist. Gemeinsam mit den Bundesländern und dem Bund muss eine umfassende Gesundheitsversorgung garantiert werden. Dafür braucht es aber auch, mit entsprechender Förderung, Übersetzungsdienstleistungen, die bei den Arztbesuchen helfen. Das Verlassen auf Familienmitglieder zur Übersetzung führt häufig zu Retraumatisierungen, Zurückhaltung bei der Symptombeschreibung oder ungenauen Diagnosen.

Schulen und Kindergärten sollten für den Umgang gerade mit Geflüchtete Kindern sensibilisiert werden. Sprachbarrieren und Traumata dürfen kein Inklusionshindernis sein, sondern müssen früh und mit großer Sensibilität behandelt werden.

VI. Transparenz

Um die Umsetzung der Beschlüsse überprüfen zu können und um den Austausch von Erfahrungen zu gewährleisten, veröffentlichen die sicheren Häfen ihre Umsetzungen. In ganz Europa erklären sich Städte zu sicheren Häfen. Das dort gesammelte Wissen ist immens wertvoll, um mit den Städten gemeinsam einen steten Prozess zu ermöglichen und langfristig europaweit in den Kommunen Flüchtende besser schützen zu können. Jede Kommune, die sich in diesen Netzwerken engagiert leistet einen wichtigen Beitrag für ein besseres Europa!

Fazit

Die Unterstützung der Kommunen und ihrer Bürger:innen hat eine riesige Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft in ganz Europa ausgelöst. Wir müssen gemeinsam die Erosion der Menschenrechte im Mittelmeer und auf den griechischen Inseln verhindern und uns an die Seite der Flüchtenden stellen.

Geeint in der Überzeugung, dass die universellen Menschenrechte unteilbar sind und der Schutz von Flüchtenden ein gesellschaftlicher Grundwert sein muss, wird den Kommunen und damit uns und Euch als GRÜNEN Kommunalpolitiker:innen eine ganz besondere Rolle zuteil. Kommunen sind der entscheidende Ort, an dem das Ankommen und die Inklusion umgesetzt wird.

Dabei sollen alle kommunalen Mandatsträger:innen und Bürgermeister:innen wissen, dass sie mit diesem Anliegen nicht alleine sind, sondern mit vielen hundert anderen europäischen Kommunen gemeinsam den Grundstein für einen neuen und menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten legen.